

34. Vollversammlung am 30. Juni 2018

Beschluss der Vollversammlung

Spannende historisch-politische Bildungsarbeit – ein Recht der Jugend

Hintergrund:

48 Prozent der Befragten einer aktuellen Studie stimmen der Aussage „Ich mache mir Sorgen, dass ein Ereignis wie der Holocaust sich wiederholen könnte.“ eher oder stark zu.¹ Vier von zehn Schüler*innen wissen nicht, was Auschwitz–Birkenau ist.² Gleichzeitig weisen aktuelle Studien³ darauf hin, dass das Interesse von jungen Menschen an historischer Bildung stark ausgeprägt ist. Nicht nur an der Geschichte der Shoa und dem Nationalsozialismus, sondern auch an der Geschichte der DDR.⁴ Wie kann diesem Interesse begegnet werden? Wie können die Fragen junger Menschen an die Vergangenheit beantwortet werden? Wie kann die Bildung von Rückschlüssen für die Gegenwart und für die Zukunftsgestaltung befördert werden? Wie kann das Wissen um den Wert demokratischer Prinzipien verstärkt werden und in persönlichen Haltungen und Handlungen münden?

Jugend- wie auch Gedenkstättenarbeit haben vielfältige Formate einer lebendigen historisch-politischen Bildung entwickelt und umgesetzt. Engagierte Ehrenamtliche und Pädagog*innen treffen Zeitzeug*innen, eignen sich Wissen in Workshops und Arbeitsgruppen an und erforschen Handlungsspielräume, die es damals gegeben hat. Sie diskutieren die Folgen der Vergangenheit für Mensch und Umwelt und überlegen, welche Möglichkeiten zur Gestaltung eines sozialen Miteinanders heute möglich sind. Junge Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren engagieren sich für den Erhalt von Erinnerungsorten oder versuchen, die historisch gewachsenen Barrieren zwischen den Nationen durch internationale Bildungsmaßnahmen zu begegnen und Vorurteile abzubauen. Jugendliche nehmen diese Formate der non-formalen Bildung sehr gut

¹ Vgl. Trügerische Erinnerungen: Wie sich Deutschland an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert: https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Pressemitteilungen/MEMO_PK_final_13.2.pdf, abgerufen am 14.3.2018.

² Vgl. https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_internationale-verstaendigung/pdf/2017/Ergebnisse_forsa-Umfrage_Geschichtsunterricht_Koerber-Stiftung.pdf, abgerufen am 14.03.2018.

³ Vgl. siehe ebd., abgerufen am: 14.03.18.

⁴ In unserem Verständnis als Jugendverbände unterscheiden wir klar zwischen der historischen Zeit des Nationalsozialismus und der DDR, was eine Differenzierung in der Praxis der politischen Bildungsarbeit nach sich zieht.

an und melden zurück, dass diese - zugleich partizipativen Bildungserfahrungen - nachhaltiger als die formelle Bildung sind. Beim Ansatz der non-formalen Bildungsarbeit werden die Interessen von Jugendlichen und sie selbst in die Planung und Durchführung der Maßnahmen einbezogen und nicht fremdbestimmt festgelegt. An der historischen Bildungsarbeit in Schule beklagen Jugendliche, dass der NS- und DDR-Geschichte zu wenig Priorität eingeräumt wird, respektive die Art der Vermittlung nicht besonders motivierend für eine weitergehende Beschäftigung oder die Generierung eigener Fragen sei. Gedenkstättenpädagog*innen auf der anderen Seite beklagen wiederum, dass sie es leid sind Schulklassen in einem 90-minütigen Rundgang am Ort des Schreckens zu Demokrat*innen bekehren zu sollen und das an einem Ort, der zunächst keinerlei Verbindung zur Lebenswelt von Jugendlichen oder dem Sozialraum, in dem die Jugendlichen leben, offenbart.

Wir fordern:

1. Eine Erhöhung der Förderung der Mittel für die außerschulische Jugendbildung für den inhaltlichen Schwerpunkt historisch-politischer Bildung in der Jugend(verbands)arbeit.
 - Landesweit tätige Jugendverbände, Stadt- und Kreisjugendringe sowie Bildungsstätten bilden die strukturelle Grundlage für non-formale Bildungsarbeit und die Selbstorganisation von Jugendlichen vor Ort. Sie können Wissen nachhaltig bündeln und so Synergien zwischen Projekten und Finanziers schaffen und fördern den Wissenstransfer zwischen Fachkräften. Daher fordern wir das Land Brandenburg auf, die Mittel für die außerschulische Jugendbildung im Landesjugendplan um 200.000 Euro zu erhöhen, um einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Durchführung von Maßnahmen der historisch-politischen Bildung zu setzen.
2. Förderung von Projekten der lokalen Jugendgeschichtsarbeit als Instrument, um die Verbindung zwischen der eigenen Geschichte und der vermeintlich anderen zu erkennen.
 - Junge Menschen, die für historische Begebenheiten sensibilisiert wurden, sind besser in der Lage Rückschlüsse und Verbindungen zwischen der Vergangenheit und dem Heute zu bilden. Insbesondere die Gedenkstätten zur Geschichte der SBZ⁵/DDR bieten eine Fülle an Bezugspunkten und regen die lokale Forschungsneugier an. Dazu gehören u.a. Täter*innen-Biographien, das Leben von Betroffenen, Unterstützer*innen-Biographien u.v.m.

⁵ Sowjetische Besatzungszone (1945-1949)

- Bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des eigenen Ortes im Nationalsozialismus lassen sich oftmals Verbindungen zu anderen Ländern herstellen, was das Interesse an internationalem Austausch fördern kann.
3. Schaffung struktureller Netzwerke der historisch-politischen Bildung in der Jugendarbeit.
- Dass an Erinnerungsarbeit ein hohes gesellschaftliches Interesse besteht, scheint sich in den vielseitigen Förderprogrammen auf Landes-, Bundes-, europäischer und internationaler Ebene zu spiegeln. Doch lokale Initiativen sind in Ermangelung des Know-Hows oder der begrenzten Arbeitskraftressourcen oftmals vom Antrags- und Abrechnungsprozedere überfordert. Nachfolgeprojekte sind nicht unmittelbar anschlussfinanziert. Zudem sind Jugendarbeiter*innen nicht per se historisch-politische Bildner*innen und sind auf verlässliche Fachkompetenz angewiesen. Die für die erinnerungspolitische Arbeit wichtigen Energien werden aufgezehrt, da nachhaltige Wirkung aufgrund fehlender Netzwerkstrukturen verloren geht.
4. Strukturelle Vernetzung von historisch-politischen Bildner*innen über das Format Schule hinaus.
- Für das nachhaltige Lernen und die Verinnerlichung von Empowerment ist es nötig, dass Fachkräfte der Jugendarbeit, Fachkräfte aus Museen und Gedenkstätten, Initiativen und Institutionen der historischen Bildung sowie Lehrkräfte aller Schulformen voneinander wissen, sich vernetzen und gemeinsam fortbilden.
5. Historisch-politische Bildung als Teil der Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendarbeit.
- Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist immer auch eine Auseinandersetzung mit sich selbst, mit den eigenen Werten, der eigenen Haltung, den eigenen Handlungen.
 - Die Auseinandersetzung mit Geschichte birgt für Jugendliche die Chance ihr eigenes, sich noch entwickelndes, Selbst in einem größeren zeitgeschichtlichen Zusammenhang zu sehen.

Eine Verdrossenheit gegenüber historisch-politischer Bildung sollte aktiv entgegengewirkt werden, indem die historisch-politische Bildung Teil der Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendarbeit wird. Um die bestehenden Verunsicherungen und Vorurteile bei Multiplikator*innen abzubauen, sollte das Kennenlernen und der Austausch mit aktueller Gedenkstättenpädagogik und die Anwendung demokratischer Vermittlungsprinzipien erfolgen.⁶

Neuruppin, den 30. Juni 2018

⁶ Vgl. <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>, abgerufen am 08.05.2018